

Negative Effekte von Ein-Euro-Jobs auf Arbeitsmarkt Kultur vermeiden

Deutscher Kulturrat fordert Einbeziehung des Kulturbereiches in Beiräte der Arbeitsgemeinschaften

Berlin, den 30.05.2005. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt, dass die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags "Kultur in Deutschland" sich heute in einer **öffentlichen Anhörung mit den Auswirkungen der so genannten Hartz-Gesetze auf den Arbeitsmarkt Kultur** auseinandersetzt.

In der Anhörung wurde nochmals deutlich, dass sowohl die Bundesagentur für Arbeit als auch die kommunalen Spitzenverbände die Arbeitsgemeinschaften vor Ort auffordern, Beiräte zu bilden, die die Arbeitsgemeinschaften beraten, in welchen Einrichtungen so genannte Ein-Euro-Jobs geschaffen werden sollen. In ca. 40 % dieser Arbeitsgemeinschaften wurden zwischenzeitlich solche Beiräte eingerichtet. Die bei der Anhörung der Enquete-Kommission anwesenden Vertreter aus dem Kulturbereich **Klaus Zehelein**, Präsident des Deutschen Bühnenvereins, **Michael Eissenhauer**, Präsident des Deutschen Museumsbundes, **Christiane Ziller**, Geschäftsführerin der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren und **Wolfgang Schimmel**, ver.di-Bundesvorstand erklärten, dass ihnen kein Beirat bekannt ist, in dem Vertreter von Kultureinrichtungen vertreten sind.

Der Deutsche Kulturrat fordert die Bundesagentur für Arbeit sowie die Städte und Gemeinden auf, die Vertreter des Kulturbereiches in die Beiräte der Arbeitsgemeinschaften einzubeziehen, damit die spezifische Situation des Arbeitsmarktes Kultur bei den so genannte Ein-Euro-Jobs Berücksichtigung finden kann.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: "Es ist dringend erforderlich, dass Vertreter aus Kultureinrichtungen in den Beiräten der Arbeitsgemeinschaften vor Ort mitwirken. Der Arbeitsmarkt Kultur unterscheidet sich von anderen Arbeitsmarktsegmenten. Diese Besonderheiten müssen bei den so genannten Ein-Euro-Jobs berücksichtigt werden, damit mögliche negative Effekte auf die reguläre Beschäftigung im Arbeitsmarkt Kultur vermieden werden."